

"Transparenz statt Gemauschel" in Die Welt (22. August 2006)

Legende: In ihrer Ausgabe vom 22. August 2006 erläutert die deutsche Tageszeitung Die Welt die Ziele der neuen Transparenzpolitik des Rates der Europäischen Union und gibt mehrere Stellungnahmen zu deren Vor- und Nachteilen wieder.

Quelle: Die Welt. 22.08.2006. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"transparenz_statt_gemauschel"_in_die_welt_22_august_2006-de-f2e9faf3-4371-4878-96f6-95955fd97af4.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Transparenz statt Gemauschel

EU-Beratungen sollen ab Herbst live im Internet verfolgt werden können – Ziel ist mehr Bürgernähe

Von Christoph B. Schiltz

Brüssel – In Brüssel bahnt sich eine kleine Revolution an: Die Bürger der EU sollen ab diesem Herbst live per Internet miterleben können, wie wichtige politische Entscheidungen fallen – egal, ob sie nun in einer spanischen Finca sitzen oder in einem Lobbyistenbüro in Berlin-Mitte.

Was früher in dunklen Sitzungssälen verhandelt wurde, soll jetzt ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Transparenz statt Gemauschel – das ist die neue Vision der EU. Alle Beratungen der 25 EU-Mitgliedsstaaten über Gesetze, an denen das Europaparlament beteiligt ist, werden künftig öffentlich sein. Das betrifft immerhin fast 80 Prozent aller Sitzungen.

Die neuen Regeln gehen auf einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Juni dieses Jahres zurück. Ziel der neuen Brüsseler Transparenz-Offensive: Europa soll bürgernäher werden. Bereits in der Abschlusserklärung des Nizza-Gipfels vom Dezember 2000 hieß es, „die demokratische Legitimation und Transparenz der Union und ihrer Organe“ müssten verbessert werden. Ein Jahr später, in der Erklärung von Laeken, die gleichen Töne. 2004 wurde die „Transparenz der Union“ sogar in der europäischen Verfassung festgeschrieben – der neue Vertrag wird aber frühestens 2009 in Kraft treten. Dann packte ein deutscher Jura-Student aus Bonn das Thema an. Heiko Piesbergen beschwerte sich im vergangenen Jahr beim EU-Ombudsmann über mangelnde Transparenz im Ministerrat. Gleichzeitig überzeugte er einflussreiche Europaparlamentarier wie Elmar Brok (CDU) und Chris Davis (Liberale). Im April forderte das Europaparlament mehr Offenheit von den 25 Mitgliedsstaaten. Auch EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso machte mit. Er ist ohnehin ein glühender Verfechter von Transparenz und kämpft seit Monaten zusammen mit seinem Verwaltungskommissar, Siim Kallas, für mehr Offenheit bei Subventionen, „um das Vertrauen der europäischen Bürger zurückzugewinnen“.

Damit stieg der Druck auf die EU-Regierungschefs. Im Juni verabschiedeten sie die neuen Leitlinien zur Transparenz in der EU. Aber was bringen öffentliche Sitzungen? Der englische Abgeordnete Davis meint: „Sie sind ein wichtiger Schritt nach vorne und werden den Ministerrat positiv verändern.“ Joachim Wurmeling (CSU), Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, ist weniger optimistisch: „Offenheit ist im Prinzip gut. Aber die echten Deals werden natürlich nicht vor der Öffentlichkeit gemacht.“ Ein altgedienter Brüsseler Diplomat wird noch deutlicher: „Wenn die Sitzungen des Ministerrates öffentlich sind, werden noch mehr Entscheidungen auf den Fluren fallen und die Mittagessen im kleinen Kreis noch länger dauern. Anschließend werden die offiziellen Sitzungen zu einer langweiligen Showveranstaltung.“ Auch die Lobbyisten sehen keine Vorteile: „Wir müssen am Ball sein, wenn die Gesetze in der Kommission geschrieben werden, und nicht, wenn sie von den Ministern verabschiedet werden“, sagt der Cheflobbyist eines großen deutschen Verbandes.